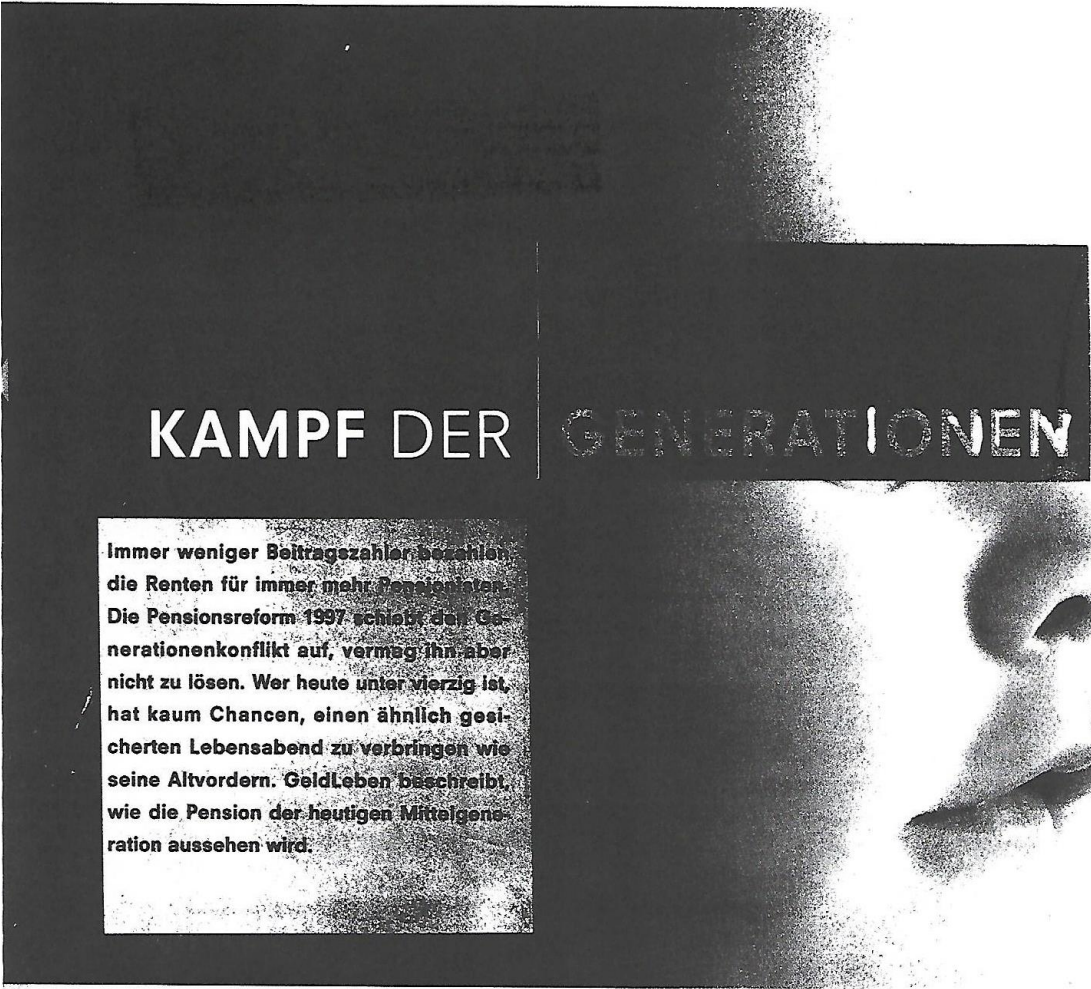




KAMPF DER

GENERATIONEN

Immer weniger Beitragszahler bezahlen die Renten für immer mehr Pensionisten. Die Pensionsreform 1997 schiebt den Generationenkonflikt auf, vermag ihn aber nicht zu lösen. Wer heute unter vierzig ist, hat kaum Chancen, einen ähnlich gesicherten Lebensabend zu verbringen wie seine Altvordern. GeldLeben beschreibt, wie die Pension der heutigen Mittelgeneration aussehen wird.

Bert Rürup ist in seiner Erscheinung mehr Manager als Wissenschaftler. Vom selbstvergessenen Auftritt Albert Einsteins keine Spur. Feines Tuch, schneie Tasche, polierte Maßschuhe, dazu eine schlanke Gestalt, die den anstehenden 57. Geburtstag vergessen lässt und immer noch an den einstigen Leistungssportler erinnert, der in den frühen sechziger Jahren Deutschland im Kugelstoßen bei Olympiaden und Europameisterschaften vertreten hat. Damals war er freilich um 30 Kilogramm reicher und eine böse Knieverletzung ärmer. Der deutsche Professor für Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt gilt in Österreich spätestens seit seiner Beratertätigkeit für die Bundesregierung vor der Pensionsnovelle 1997 als einer der wenigen führenden Rentenexperten des deutschen Sprachraums. Und er genießt es sichtlich, dass sein Leibthema sowohl in Deutschland als auch in Österreich in das Zentrum des politischen Geschehens gerückt ist. Das Thema Pensionen entscheidet heute Wahlen.

Generationenvertrag vor Kündigung?

Rürup ist nicht immer vom Lauf der öffentlichen Diskussion begeistert. Den Kalmierungsversuchen von Gewerkschaft und Politik steht er ebenso verständnislos gegenüber wie den Endzeitstimmen, die den Zusammenbruch des Systems voraussagen: „Hysterie ist in der Debatte völlig fehl am Platz. Akute Probleme werden erst 2010 und – verstärkt – 2020 auftauchen. Deshalb ist es wichtig jetzt gegenzusteuern, um spätere Verwerfungen zu vermeiden“ (siehe Interview). Ein Sermon zieht sich durch alle Rürup-Interviews und Vorträge: „Es geht um den Erhalt des Generationenvertrages: Die Jungen dürfen nicht auf Kosten der Pensionisten überproportional stark zur Kasse gebeten werden, nur um dann selbst leer auszugehen.“

Bernd Marin ist so etwas wie das österreichische „alter ego“ seines Darmstädter Kollegen: etwas weniger asketisch und bestimmt, dafür professoraler und mit der Gabe zur scharfen Formulierung ausgestattet. Der Wiener Sozialwissenschaftler ist Di- ➤



rektor des Instituts für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung und beherrscht gemeinsam mit Rürup die Pensionsdiskussion. Die Politik ist gegenüber den beiden

Wissenschaftlern in einer steten Verteidigungsposition. Bis auf wenige Nuancen stehen sie auf demselben Boden. Marin: „Wahr ist, dass unser Pensionssystem nicht zusammenbricht. Wahr ist auch: Mittelfristig geraten die Pensionen günstigenfalls in Turbulenzen. Wenn die Politik noch länger zögert, wird eine Brutalbremung notwendig, die die Gesellschaft spalten wird. Denn dann zahlen die Jungen die Zeche – und zwar ganz allein.“ Das Pensionssystem muss die Last zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, neu verteilen. Ohne Verzicht geht das nicht – bei Zahler wie Empfänger. Die Altersversorgung des 21. Jahrhunderts bedeutet weniger staatliche Absicherung und mehr Eigenverantwortung.

Bekannte Ursachen

Die Gründe der Probleme sind breit diskutiert. Immer weniger Jungen stehen immer mehr Alte gegenüber, die ihre Pensionen immer länger genießen. Mit der Pensionierung der ersten Babyboomer ab 2010 kommt das System unter Druck. Zwischen 2010 und 2030 sinkt die Zahl der Österreicher im erwerbsfähigen Alter um 780.000, die Zahl der über 60jährigen steigt um 853.000 Köpfe an. Die Pensionen müssen immer länger ausbezahlt werden. Denn das Ende alles Irdischen zieht sich für Österreicher immer weiter hinaus. Noch um 1900 betrug die Lebenserwartung rund 40 Jahre; wer heute geboren wird, geht mit einem Zeitkapital von 80 Jahren an den Start. Den 2030 Geborenen prophezeien die Forscher bereits 95 Jahre Leben. Die Versicherungsmathematik hat für den funktionierenden Jungbrunnen einen eigenen Terminus geprägt: „Langlebigkeitsrisiko.“

Bereits im Jahr 1996 schrieb die Europäische Union der österreichischen Regierung massive Anpassungserfordernisse ins Stammbuch. Um die Alterung bis 2045 nach dem Status quo finanzieren zu können, müssen entweder die Beitragssätze um 53 Prozent steigen oder das Verhältnis der Nettopensionen zu Netto-Arbeitseinkommen von derzeit 75 auf unter 60 Prozent sinken. Nächste Alternative: Das Pensionseintrittsalter wird um

fast elf Jahre auf durchschnittlich 68 Jahre angehoben.

Durch die Pensionsreform 1997 wurden die drohenden Erhöhungen etwas abgeflacht, die Tendenz aber nicht gebrochen. Bert Rürup präzisiert: „Die Reform 97 wandte sich in die richtige Richtung, kam aber kaum vom Fleck.“ Weniger als 20 Prozent der möglichen Kosteneinsparungen sind durch die jüngste Pensionsreform mobilisiert worden. Insgesamt wurde der Pensionsaufwand bis 2030 durch die Novelle „um etwas mehr als drei Prozent verringert. Viel zu wenig, um weitere Reformschritte unnötig zu machen.“

Gegensteuern

Die beiden Pensionsspezialisten Rürup und Marin stellen das in Österreich angewandte Umlageverfahren nicht in Frage. Ein radikaler Schwenk von Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren sei in demokratischen Staaten nicht durchführbar und würde viel zu hohe Kosten verursachen. Gangbar sind Mischformen wie in Schweden vorexerziert: Das Land der Elche verabschiedete sich heuer von der Grundsicherung, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wurde, und etablierte eine leistungsbezogene Pension, die sich an der Höhe der Beiträge orientiert. Allerdings stellten die Schweden dem herkömmlichen Umlagesystem eine Stütze auf Basis der Kapitaldeckung zur Seite: Schwedische Arbeitnehmer sind verpflichtet, 2,5 Prozent ihres Bruttolohnes in eine Lebensversicherung oder einen Aktienfonds einzubringen. Wie bei der Kraftfahrzeugversicherung wird dem einzelnen die Wahl überlassen, wo er sein Geld anlegt, allerdings steht ihm nicht frei zu entscheiden, ob er das überhaupt will. Das neue Rentensystem, das erst für die Jahrgänge nach 1954 zur Anwendung kommt, wird durch die Kapitaldeckungskomponente die bisherige Ersatzrate (Verhältnis von aktivem Einkommen zu Pensionsbezug) von über 70 Prozent weiter beibehalten können, obwohl Staat und – in vermindertem Ausmaß – auch der Beitragszahler ihre Aufwendungen nahezu einfrieren können.

Das Szenario

Die langen Debatten über Sicherheit und Unsicherheit der staatlichen Pension haben die junge und mittlere Generation verunsichert. Erwartungen gegenüber dem Pensionsrecht sind auf Null geschraubt. Eine Untersuchung des Linzer Marktforschungs-



Die staatliche Pension wird sich ab 2010 um 15 Prozent verringern.

institutes „market“ bescheinigt die Irritation unter den Österreichern: 60 Prozent glauben nicht mehr an eine dauerhafte Finanzierbarkeit des derzeitigen Pensionssystems und starke 80 Prozent sind der Ansicht, dass man in Zukunft selbst zu seiner Altersversorgung beitragen muss. Genaues aber wisse man nicht.

Keine Beitragserhöhung: Bei den Beiträgen sieht Bert Rürup keinen Spielraum mehr. Mit 22,8 Prozent nach ASVG- und 20,25 Prozent ab 2009 für GSVG-Versicherte sei Österreich bereits am Plafond angelangt. In Deutschland gab es sogar eine Reduktion der Beitragshöhe von 19,5 auf 19,2 Prozent. Bernd Marin fordert in diesem Zusammenhang auch die Ausbezahlung des Dienstgeberbeitrages in die Pensionsversicherung von 12,55 Prozent an den Beschäftigten selbst, der die Summen dann abzuführen hat. „Es geht hier um reine Psychologie. Die Mitarbeiter sehen nie, wieviel Geld eigentlich schon für die Pensionsversicherung aufgewendet wird, ohne das System auf Dauer zu sanieren.“

Längere Arbeitszeit: Wer ab 2010 oder gar 2020 in Pension gehen wird, muss sich mit einer längeren Lebensarbeitszeit vertraut machen. Bert Rürup: „In Österreich besteht ein gesellschaftlicher Konsens, dass man mit 55 in Pension gehen darf.“ Das durchschnittliche Pensionsalter liegt bei 57,5 Jahren, in manchen Bereichen der Gemeinde Wien bei 52 Jahren. 1952 lag der vergleichbare Durchschnitt noch bei 61 Jahren. Die Einführung eines Bonus-Malus-Systems soll den Preis der Frühpension hinaufsetzen. Wer länger bleibt, soll auch mehr kriegen. Bernd Marin fordert sechs Prozent Abschlag pro Jahr Frühpensionierung: Eine Pension mit 64 kostet sechs Prozent des Anspruchs. Die ab 2000 gültigen Pönalen von zwei Steigerungspunkten pro Jahr aus der Reform 1997 werden als halbherzig angesehen. Das wohlverworbene Recht auf einen rüstigen Lebensabend mit 60 wird für die Jahrgänge 1960 und jünger nicht mehr gelten.

Geringere Pensionen: Heute Vierzigjährige werden sich auch mit geringeren Pensionen anfreunden müssen. Die derzeitige Nettoersatzrate von 80 Prozent wird durch verlängerte Durchrechnungszeiträume auf unter siebenzig Prozent des aktiven Einkommens fallen. Bert Rürup schätzt die künftigen Einbußen aus der ASVG-Pension gar auf 15 Prozent ein.

Private Vorsorge: Durch die verringerten Pensionen wird auch bei mittleren Einkommen eine Lücke zwischen Aktiveinkommen und Pension auftreten, die eine Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards ausschließt. Private Vorsorge über Aktienfonds oder Sparvarianten auf Lebensversicherungsbasis werden zum finanziellen Alltag. Ob diese Vorsorgemaßnahmen von der Steuer absetzbar sind, wird letztendlich politisch entschieden. Rürup hält die Einführung eines steuerlichen Vorteils für notwendig, um der „dritten Schicht im Pensionssystem zum Durchbruch zu verhelfen.“

Längere Arbeitszeit, geringere staatliche Pension, stagnierende Beiträge und zusätzliche Aufwendungen für die Privatsvorsorge: So oder ähnlich werden sich die Pensionen ab 2010 oder 2015 präsentieren. Bernd Marin treibt die Politiker zur Eile: „Je schneller die Reformen, desto sanfter die Maßnahmen. Wer glaubt, noch zehn Jahre Zeit zu haben, riskiert den Konsens zwischen Alt und Jung.“ Das österreichische Pensionssystem droht nicht zu kippen, aber es zerbröckelt – langsam und stetig. ■

Österreich altert

(Verteilung auf Bevölkerungsgruppen)

